

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665.
Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handeltitel) Dr. Carl Misch.
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerter] 15 Pf. Nr 526

MITTWOCHE, 2. NOVEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

Zaleski zurückgetreten Der verlorene Glaube

Oberst Beck voraussichtlich Nachfolger

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 2. NOVEMBER

Der polnische Außenminister Zaleski ist heute zurückgetreten. Eine offizielle Bekräftigung dieses Schrittes liegt zwar noch nicht vor, aber von befreundeter Seite erfahren wir, daß die Entlassung über die Annahme des Admittisgesechs bereits gefaßt sei. Zaleski ist offenbar von seinem inneren Gegenstand, dem bisherigen Staatssekretär des Außenministeriums, Oberst Bed, gekränkt worden und man muß damit rechnen, daß Bed sein Nachfolger wird.

Pilsudskis Diplomat

Mehr als sechs Jahre lang war August Zaleski der Außenminister des Warschauer Pilsudski. Seine große, eines annehmevolle Gestalt war überall bekannt, wo Polen im Ausland repräsentiert werden mußte, und besonders in Genf hatte sich der erfahrene Diplomat allmählich einen festen Boden zu schaffen gewußt. Zaleski war von Hause aus Gelehrter. Er hat früher eine Barschauer wissenschaftliche Bibliothek geleitet und wurde während des Weltkrieges Lektor für die slavischen Sprachen und Literatur am Londoner Kings College. Seine Haupttätigkeit bestand schon damals in der propagandistischen Vertretung der polnischen nationalen Ansprüche vor der englischen Öffentlichkeit.

Dabei hielt Zaleski sich von der extremen Linie der Nationalisten im Roman Dmowski fern und kam so nach Kriegsende in Verbindung mit den Kreisen um Pilsudski, die ihn sofort nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates in den auswärtigen Dienst brachten. Er wurde Gesandter in Athen und Rom, geteilt auf dem wichtigsten Posten in offenen Gegenden, die der damals wieder von Dmowski beeinflussten offiziellen Barschauer Außenpolitik und mußte zurücktreten, um wenige Wochen nach Pilsudskis Wiedergewählung 1926 als Außenminister in die Politik zurückzutreten.

Man könnte nicht sagen, daß Zaleski als Leiter des Barschauer Außenministeriums eine ganz klare und feste Linie vertreten hätte. Er folgte sich mehr als Dezentri-

Pilsudskis und war bereit, jede Weisung des Warschauer auszuführen. Deutschland gegenüber hat er beim Pilsudski des sogenannten Neutralisationsabkommens und bei der Festlegung des dann von deutscher Seite nicht zur Ausführung gebrachten Handelsvertrags guten Willen zu Tage (sachlich) in Aussicht gestellt. Bei anderen Gelegenheiten, insbesondere bei den Genfer Debatten über das Problem der nationalen Minoritäten, trat er aber wieder bereitwillig den polnischen Forderungen mit einer Schärfe entgegen, die weniger aus seinen persönlichen Anschauungen zu erklären war, als vielmehr aus der Bereitwilligkeit, jede Weisung der Pilsudski-Regierung und ihrer Beamten reiflos zu befolgen. Er häufig längere Aufenthalte im Ausland und die Schwierigkeiten, dort die polnischen Wünsche immer voll durchzuführen, führten allmählich zu einer Schwächung der inneren Stellung Zaleskis. Seitdem formell unter ihm, tatsächlich aber neben ihm, in Warschau der ruhige und hochbetretende Staatssekretär Bed, einer der jüngeren Offiziere der Regierung Pilsudskis, tätig war, erschien Zaleski immer mehr als bloßes Exekutivorgan einer Politik, deren Entscheidungen er überhaupt nicht mehr beeinflussen konnte.

Es wäre möglich, nach einem konkreten Fall seines Politikums zu urteilen. Sowohl in der Frage des russisch-polnischen Abkommens, die gegenwärtig noch dem Regierungswegweiser im verbündeten Rumänien wieder einmal in Warschau zur Entscheidung steht, wie auch in der Frage der Fällung Polens gegenüber dem neuen französischen Abteilungsplan war Zaleski wohl grundsätzlich bereit, die Entscheidung Pilsudskis anzunehmen und zu vertreten. Erst in einem späteren Zeitpunkt war man erfahren, an welchem Stein er strauchelte. Immerhin bleibt kein Zweifel darüber möglich, daß Zaleski bei dem allmächtigen Warschauer jetzt in völlige Ungnade gefallen ist. Denn der noch nicht fünfzigjährige wird, wie schon jetzt feststeht, keine Auslandsreisen übernehmen und im Staatsdienst überhaupt keine Verwendung mehr finden. Er tritt ins Privatleben zurück und dürfte sich von neuem seinen gelehrten Neigungen widmen.

Sein voraussichtlicher Nachfolger Oberst Bed ist bisher noch nicht ernannt worden. Er steht erst im 39. Lebensjahr, war ursprünglich Adjutant Pilsudskis, später zeitweise als Militärattaché in Paris tätig.

Sächsische Industrie gegen Hugenberg

Ablehnung der Kontingentspolitik

Dr. Hugenberg hat sich das Ziel gesetzt, in seinen Vorkämpfen die Notwendigkeit der Kontingentierung der Einfuhr zu beweisen. Er hat über diesen seitens Buntz in seiner Rede am 2. November im Reichstag eine ausführliche Rede gehalten, die vor dem Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller gesprochen. Er ließ sich dabei wohl von der Hoffnung leiten, in diesem Verband, der mit den sonstigen Kreisen des Reichstages von Polen besonders sympathisch, einiges Verständnis zu finden. Darin ist er sehr enttäuscht worden. Er hat sich eine scharfe Abfuhr von dem Vorstehen des Verbandes geholt und eine sehr entzündende Ablehnung aller Vorkämpfungen auf Kontingentierung der Einfuhr.

Dr. Hugenberg hatte gesagt, daß Kontingentierung ein vorübergehendes aber notwendiges Mittel sei, mit dem sich eine Volkswirtschaft wie die deutsche gegen die Schutzmächte anderer Volkswirtschaften wehren müßte, nachdem eine Handelspolitik mit Weisbegünstigungen ergriffen nicht mehr möglich sei. Seitens sachlichen Ausführungen hatte Dr. Hugenberg einen Angriff auf verschiedene vorkontingente Abgeordnete, darunter Dr. Roemgeier, vorausgesetzt, denen er normiert, in industriellen Kreisen die Kontingentierungseinfuhr einseitig zum Kampfsujet und zum Feldgeschrei im Wahlkampf gegen die Deutschnationalen gemacht zu haben. Er verwirklichte sich in polemischer Form gegen diese Vorgänger der Volkspartei, die auch mit seiner Weisbegünstigung verbunden ist.

Der Vorstehen des Verbandes, Buntz, behauptete diese parteipolitischen Ausführungen Hugenbergs außerordentlich. Er könne, um die Angelegenheiten zu klären, selber nicht darauf erwidern,

wenn der Verband jede parteipolitische Stellungnahme streng ausschloß und auch in dieser Sitzung eine Ausrede auf parteipolitische Erwägungen keine Raum geben könnten. Mit aller Schärfe ließ Buntz dem Dr. Hugenberg die Ausführllichkeit der Kontingentierungsmaßnahmen der Reichsregierung nicht zugestehen können. Die Folgen der bisherigen Einfuhrbeschränkung seien schon so verheerend, daß sich die Wirtschaftslage immer mehr zu einem Zusammenbruch aufspitze.

Es liebt nicht richtig, daß der deutsche Binnenmarkt einen großen Teil der Veredelungsgegenstände der heimischen Industrie aufnehmen könne, die nur das Ausland begehrt, und umgekehrt könnten die Produkte, die die Industrie zur Veredelung für ihren In- und Auslandsbedarf braucht, nur durch ausländische Zulieferung, die durch Einfuhr herbeigeführt, gelöst werden. Es aus der Kontingentierungspolitik herleitende Behauptung im Ausland und die Abkopplung der sächsischen Industrie und ihre Folgen seien gar nicht absehbar.

Der Bericht des Verbandes Sächsischer Industrieller schließt vieldeutig mit den Worten: Eine Ausrede über den Vortrag fand nicht statt.

„Tomaten-Kommission“ berichtet

Die deutsche Regierungskommission, die mit den ausländischen Regierungen über die Einführung deutscher Kontingente für Landwirtschaftliche Importe verhandelt hat, ist heute vorzeitig wieder in Berlin eingetroffen. Die Mitglieder der Kommission werden heute nachmittags in der Sitzung des Reichskabinetts über das Ergebnis ihrer Verhandlungen in Brüssel, dem Haag, Paris, Rom und Kopenhagen Bericht erstatten.

Die Jüngeren unter uns wissen vielleicht gar nicht mehr, daß es in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts tatsächlich Volkstänze zu tunen gab auf denen ein flüchtiger Beamter hinterm Schalter abgebildet war, der, wie die Aufschrift über dem Schalter ver kündete, sich danach sehnte, Kriegserklärungen entgegenzunehmen. Lange blieben diese Karten nicht im Wandel. Es gab reichlich Kriegserklärungen, und die gute Lage verging. Sollte die Reichsregierung irgendwo so einen Schalter aufgemacht haben, unter der Devise: Hier werden Konfliktentscheidungen entgegenkommen?

Konflikte hat sie doch eigentlich schon genug. Sie hat sich mit dem Reichstag überworfen, mit dem Preussischen Landtag steht sie schlecht, die preussische Regierung wird von ihr unterdrückt, der Reichsrat ist in Dauerabwesenheit, die Parteien bekämpfen sie oder stehen ihr wenigstens mißtrauisch gegenüber: deshalb hat das Reichskabinett von Anfang an Wert darauf gelegt, sich mit den Regierungen der außerpreussischen Länder gut zu stellen. Doch waren die Methoden sehr anfechtbar. Es genügt nicht, den Kollegen dann freundschaftlich an die Hand zu legen, wenn die Sinne der Kollegen sich auf diese Gruppe richtet, die so harmonisch aussieht, und weil dieses Verfahren, das bei der Werbung mit den Länderregierungen in Stuttgart angewandt wurde, nicht genügt, so haben die Länderregierungen und vor allen Dingen Bayern seine Zusagen verlangt.

Eine authentische Mitteilung über den Inhalt dieser Zusagen liegt nicht vor. Über die Rede, die der bayrische Ministerpräsident am Montag in Stuttgart vor den Zentrumswählern gehalten hat, zeigt, daß der Chef der bayrischen Regierung jedenfalls der Ansicht ist, es seien ihm Zusagen vom Reich gegeben worden, die jetzt nicht eingehalten werden. Selbst hat sich mit großer Entschiedenheit gegen die Innenpolitik der Reichsregierung gewandt. Er hat das Schlagwort vom Parteienfrieden ergriffen, er hat die reaktionären, als Reform verfaßten Verfassungspläne scharf kritisiert, und er hat das auch nach dem Spruch von Weizsäc gegen dem Rat des Staatsgerichtshofes fortgesetzt entgegen der Reichsregierung in Preußen, welches ohne Einwilligung der Länder herbeigeführt wurde, als das Ende des Reichstages charakterisiert. Mit sehr ernten Worten hat er den Widerstand Bayerns in Aussicht gestellt. Er hat an 1918 erinnert, wo Bayern sich gegen die Aufrichtung eines Einheitsreiches sträubte, und er hat erklärt, jetzt wollen man offenbar die „Verbreitung des Reiches“. Er habe jetzt den Glauben an das Kabinett von Papen verloren, er sei auf das schwerste enttäuscht.

Die Reichsregierung ist darüber sehr verstimmt. Sie findet an, sie werde die Beziehungen zu Bayern nicht mehr so pflegen wie bisher. Man kann sich darunter verheißend vorstellen. Will sie vielleicht den Freiherren von Lesener das Einheitskabinett nach München entziehen? Erst vor wenigen Wochen hat sie die Ernennung eines Beauftragten für die Regierungen der Mittelstaaten vollzogen, der sich alsbald an das Studium des Kurenbuchs machte, um den richtigen Anschluß zwischen den Hauptstädten zu finden. Und dennoch hat er gerade in Stuttgart den Anschluß an den Ministerpräsidenten Biss verweigert, man allerdings manche eine gewisse Demonstration Bayerns erlitten. Tritt das so, so wäre die Außenpolitik der Reichsregierung von Lesener in München vielleicht zu ertragen. Will man vielleicht seinen Reichsminister mehr auf eine Pauerlagerung schieben, die in Bayern stattfinden? Das wäre lächerlich für die Bayern schmerzlicher. Aber man möchte glauben, daß das in diesem Streit ein gerechtes Mittel sei.

Selbst würde wie die von der Ernennung der Reichsregierungen haben wir doch schon einmal gesagt. Wie war es 1918, als der damalige bayrische Ministerpräsident Eisner, ein Führer der Unabhängigen Sozialisten, der damaligen Reichsregierung Ebert-Saare die Freundschaft aufkündigte! Das war eine Groteske, die nicht lange dauerte. Inzwischen haben wir geordnete Zustände, bilden es uns wenigstens ein, und man darf verlangen, daß die deutschen Regierungen, sei es Reichsregierung, seien es Länderregierungen, nicht nach der Methode der getrennten Übervernünftigung handeln. Wir haben für die extrem-übervernünftige Einstellung mancher bayrischen Kreise nichts übrig. Die Ehren beipfeifeln, aber die juristische Sachwalter der bayrischen Regierung vor dem Staatsgerichtshof verurteilt, sind hier ausdrücklich abgelehnt worden. Unser Ziel ist das vernünftig geleitete einheitsdeutsche Reich, das kein Einheitsreich in irgendeinem übertriebener Sinne zu sein braucht, aber jedenfalls auf der Behre von der Einigkeit der Nationen zu wurzeln und nicht von dem Ständnis irgendeiner Nation.

Weiter gibt es auch in der Nähe der Reichsleitung Kreise, die auf „föderative“ Gebanten gehen, die nach Hugenbergs